

# Lauterhofen gegen Vertrag mit USA

**Marktrat Ludwig Härteis schlug vor, alle Gemeinden sollten sich zusammenschließen, um das Freihandelsabkommen zu verhindern. Es habe viele negative Folgen.**



**Die Liberalisierung des Trinkwassers wird in Deutschland sehr kritisch gesehen – sie soll in der sicheren Hand der Gemeinden bleiben. Doch das könnte sich durch ein Freihandelsabkommen mit den USA ändern, fürchten Kritiker. Foto: Lukas Schulze**

Von Hans Braun

Lauterhofen. Die internationale Politik war auch ein Thema in der jüngsten Marktratssitzung: Ludwig Härteis (ÖDP) hatte beantragt, dass Bürgermeister Ludwig Lang die Resolution zur Ablehnung der Freihandels- und Dienstleistungsabkommen [TTIP](#), [CETA](#) und [TiSA](#) bei der nächsten Bürgermeisterbesprechung vorbringen soll. Dies sei beispielsweise bereits im Landkreis Roth erfolgt.

Zwar handele es sich dabei um Verträge zwischen der Europäischen Union und den USA – jedoch hätten sie nach aktuellem Stand konkrete, negative Auswirkungen auf die Kommunen, begründete der Marktrat seinen Antrag. Denn die Selbstverwaltung und die Gestaltungshoheit der Gemeinden hätten massiv darunter zu leiden. Als Beispiel nannte Härteis die Liberalisierung der Trinkwasserversorgung, die eine Privatisierung möglich gemacht hätte. Durch eine europaweite Bürgerinitiative habe das 2013 zunächst verhindert werden können – durch das geplante Abkommen könne die Liberalisierung nun durch die Hintertür wieder eingeführt werden.

Seine Hauptkritik: Die Verträge würden unter Ausschluss der kommunalen Spitzenverbände verhandelt und stellten eine unmittelbare Gefährdung für die Selbstverwaltung und die Gestaltungshoheit der Gemeinden dar. Im schlimmsten Fall könnten Konzerne Kommunen auf Schadensersatz in Millionenhöhe verklagen, wenn sie sich durch Gemeinderatsbeschlüsse in ihren Gewinnerwartungen beeinträchtigt sehen.

Ziel der rund 600 an den Verhandlungen beteiligten internationalen Großkonzernen sei es, wie Härteis sagte, mehr Macht zu bekommen als die demokratisch gewählten Volksvertreter in EU sowie in Bund, Ländern und Gemeinden. Härteis appellierte deshalb dafür, vor allem die kommunale Daseinsvorsorge zu schützen und aufgezwungene Privatisierungen, wie etwa beim Trinkwasser, zu verhindern.

Daher fordert Härteis, dass sich die Gemeinde mit allen anderen Kommunen des Landkreises Neumarkt geschlossen gegen diese Abkommen ausspricht, wie dies bereits im Landkreis Roth geschehen ist. Dritter Bürgermeister Anton Preißl (SPD) rief ebenfalls dazu auf, diese Resolution auf jeden Fall zu unterstützen.

Zu einer Kontroverse führte der Bauantrag für ein Wohnhaus nördlich von Traunfeld: Anton Preißl befürchtet, dass durch eine weitere Bodenversiegelung sein Grund und Haus bei Schnee und Regen überschwemmt werde. Deshalb sei Hochwasserschutz notwendig. Das Gremium folgte seinem Vorschlag, den Bauplan erst dem Landratsamt zu einer Vorprüfung vorzulegen. (nbs)

info

## Freihandelsabkommen

*Mit TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) wollen die EU und die USA die größte Freihandelszone der Welt mit 800 Millionen Menschen schaffen. Ziel ist, Zölle und andere Handelshürden abzubauen, um einen freien Waren- und Dienstleistungsverkehr zu ermöglichen. Die Kulturszene fürchtet, wie Verbraucher- und Umweltschützer, dass europäische Standards gesenkt werden könnten.*

*Die Gespräche über das Freihandelsabkommen zwischen Europa und USA laufen seit gut einem Jahr, Mitte Juli war die sechste Verhandlungsrunde. Wegen der US-Ausspähaffäre gibt es in Deutschland immer wieder Forderungen, die Verhandlungen auszusetzen.*